

Banken und Staaten

Die Finanzkrise hat die gegenseitige Abhängigkeit von Geschäftsbanken und Staaten und die Rolle des Finanzsektors allgemein aufs politische Tapet gebracht. Der Schweiz steht besonders eine interessante Debatte über eine Vollgeldreform bevor. **DIRK NIEPELT**

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzkrise ist die wechselseitige Abhängigkeit von Banken und Staaten in das Blickfeld gerückt: Banken halten Staatsschulden zweifelhafter Bonität, und Staaten haften für Banken, obwohl ihr fiskalpolitischer Handlungsspielraum dies eigentlich nicht mehr zulässt. Neben dieser wechselseitigen Abhängigkeit, die keineswegs auf die Staaten und die Banken des Euroraums beschränkt ist, besteht eine wesentlich gewichtigere, einseitige Abhängigkeit der Banken, weil ihr Geschäftsmodell massiver staatlicher Regulierung und Lenkung unterworfen ist.

Neben den herrschenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen reflektiert diese staatliche Einflussnahme besonders, wie der Beitrag der Banken zur Erreichung volkswirtschaftlicher Ziele in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Gerade in der Schweiz hat sich die öffentliche Wahrnehmung diesbezüglich innerhalb weniger Jahre zum Negativen hin gewandelt. Erste Konsequenzen daraus wurden gezogen. Weitere dürften folgen.

Eine erste offenkundige Reaktion auf den Werte- und Wahrnehmungswandel stellt die verschärfte Grossbankenregulierung dar, mit der das Parlament auf das UBS-Debakel reagiert hat. Eine zweite Folge ist der Abbau der gesetzlich geschützten Privatsphäre ausländischer Bankkunden. Dieser Abbau spiegelt die Tatsache, dass die Kosten einer strikten Verteidigung des Bankkundengeheimnisses angesichts wachsenden ausländischen Drucks gestiegen waren und in der öffentlichen Wahrnehmung den Nutzen zunehmend überstiegen. Diskussionen über die Entlohnung in Finanzinstituten dürften zu diesem Stimmungswandel beigetragen haben. Denn selbst wenn dies selten so zum Ausdruck gebracht wurde, so bereite doch Unbehagen, dass der Kundennutzen aufgrund von Vertraulichkeit im Wesentlichen durch die Schweizerische Rechtsordnung gestiftet wurde, die generierte Wertschöpfung aber in erheblichem Umfang den Banken beziehungsweise ihren Mitarbeitern zugutekam.

Dürfen Geschäftsbanken Geld schöpfen?

Weitere Folgen des Werte- und Wahrnehmungswandels zeichnen sich ab. So strebt eine geplante Volksinitiative in der Schweiz eine Vollgeldreform an (Abschaffen der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken); Vertreter verschiedener politischer Interessen hinterfragen Rolle und Bedeutung des Finanzsektors. Als Antwort auf diese kritischen Interventionen wird nicht genügen, dass Banken «schon immer» Geld schöpfen oder ihr derzeitiges Geschäftsmodell verfolgten. Vielmehr wird überzeugend darzulegen sein, dass dieses Geschäftsmodell mit den veränderten gesellschaftlichen Wertvorstellungen übereinstimmt und zur Erreichung volkswirtschaftlicher Ziele beiträgt.

Auf Finanzmärkten treffen Angebot und Nachfrage nach Ersparnis aufeinander. Risiken und Laufzeiten werden nicht «transformiert», sondern Ansprüche auf zukünftige Erträge werden gehandelt. Im Idealfall stellt das

Interesse von Anlegern an hohen und stabilen Erträgen sicher, dass knappe Ressourcen ihrer produktivsten Verwendung zugeführt werden und damit das Gemeinwohl gefördert wird. In der Realität erschweren jedoch Informationsasymmetrien und andere Friktionen den Tauschprozess zwischen Sparern und Investoren und lassen ein Bedürfnis nach Finanzintermediation erwachsen.

Banken befriedigen dieses Bedürfnis und handeln volkswirtschaftlich produktiv, indem sie für ihre Kunden Beratungs- und Aufsichtsfunktionen übernehmen oder auf eigene Rechnung den Investoren Mittel zur Verfügung stellen und sich refinanzieren. Schädigend wirken Banken hingegen, wenn sie Informationsasymmetrien verschärfen oder gar ausnützen, statt sie zu mildern. Man denke an Insiderhandel, die rücksichtslose Vermarktung von Anlagevehikeln oder Hypothekarkrediten oder an komplexe und verschachtelte Verbriefungen, die zu einem Verlust an Transparenz führen.



Die Finanzstabilität könnte durch eine Vollgeldreform gestärkt werden.

Auch im Zahlungsverkehr und in der Versorgung ihrer Kunden mit Liquidität erbringen Banken volkswirtschaftlich zentrale und wichtige Dienstleistungen. Wie die Befürworter einer Vollgeldreform betonen, beschränken sich Banken dabei nicht auf die Abwicklung von Zahlungen oder die Beschaffung von Notenbankgeld, sondern sie schöpfen darüber hinaus Giralgeld. Dieses entspricht nicht dem von der Zentralbank emittierten gesetzlichen Zahlungsmittel, sondern stellt lediglich eine Forderung gegenüber der Bank auf Lieferung solchen Notenbankgeldes dar. Wie die jahrhundertalte Geschichte von Bankkrisen zeigt, können Forderungen dieser Art nicht immer eingelöst werden. Oder sie können unter Umständen nur dann eingelöst werden, wenn die Notenbank oder der Fiskus sich gezwungen sehen, illiquiden oder insolventen Geschäftsbanken Notenbankgeld oder staatliche Mittel im erforderlichen Umfang zu überlassen. Sollte die Schöpfung von Giralgeld daher verunmöglicht werden?

Ohne derartige Geldschöpfung müsste die Zentralbank zur Befriedigung des gesamtwirtschaftlichen Liquiditätsbedarfs ihre Bilanz erheblich ausweiten. Sie könnte die Geldpolitik unmittelbarer durchsetzen, müsste aber auch häufiger und stärker auf Veränderungen der Geldnachfrage reagieren. Einnahmen aus Geldemission (Seignorage) fielen nur noch bei der Notenbank beziehungsweise dem Staat an und nicht mehr wie bis anhin zu einem grossen Teil bei den Geschäftsbanken.

Die Finanzstabilität könnte durch eine Vollgeldreform gestärkt werden. Wenn Sichteinlagen bei Geschäftsbanken jederzeit durch Notenbankgeld gedeckt wären und als vorrangige Forderungen gälten, dann wäre es wesentlich unwahrscheinlicher, dass Liquiditäts- oder Solvenzprobleme einzelner Banken zu Störungen des Zahlungsverkehrs führen. Eine der grössten Gefahren infolge von Bankzusammenbrüchen wäre damit gebannt, der Staat müsste nicht mehr unter allen Umständen das Überleben von Geschäftsbanken gewährleisten. Vielmehr müsste er sicherstellen, dass die Kanäle des Zahlungsverkehrssystems unabhängig von einzelnen Instituten funktionieren.

Sicheres Sparen oder Rendite mit Risiko

Bei vollständiger Deckung von Sichteinlagen durch Notenbankgeld und Vorrangigkeit entfielen auch die Notwendigkeit einer staatlichen Einlagensicherung zur Verhinderung von Bank Runs. Ebenso fiel aber auch die Verzinsung von Sichteinlagen nach Abzug von Gebühren. Sie würde wohl negativ, besonders dann, wenn der Systemwechsel zu einem Verlust von Synergien bei Bankdienstleistungen führen würde. Sparer bliebe somit die Wahl zwischen der Hortung von Bargeld, dem Halten staatlich nicht subventionierter, negativ verzinsten, aber sicherer Sichteinlagen und der Anlage in risikobehafteten, aber rentableren Wertschriften oder Realwerten.

Auch im aufsichtsrechtlichen Bereich hätte der Systemwechsel Auswirkungen. Eine Aufhebung der Einlagensicherung und die Abschirmung des Zahlungsverkehrssystems könnten gestatten, die mikro- und makroprudenzuelle Aufsicht zu verschlanken. Probleme aufgrund der Zeitinkonsistenz bei der Bankenaufsicht könnten dabei unter Umständen gemildert werden, aber Sparer müssten sich bei Anlageentscheiden verstärkt auf ihr eigenes Urteil verlassen oder Berater hinzuziehen.

Aufgrund der durch eine Vollgeldreform erzwungenen Veränderung der Bilanzstruktur von Banken würde sich schliesslich auch die Finanzierung von Krediten wandeln (das gilt auch etwa für den Vorschlag des Limited Purpose Banking, wonach fremdfinanzierte Banken in eigenkapitalfinanzierte Fonds umgewandelt werden sollen). Die Frage nach den kurz- und den langfristigen Auswirkungen dieses Wandels auf Kreditvergabe und Investitionstätigkeit beschäftigte neben den Vertretern der Banking und Currency Schools im 19. Jahrhundert auch Silvio Gesell, Henry Simons und viele andere namhafte Ökonomen und Denker. Nun beschäftigt diese Frage vielleicht sogar Parlament und Stimmbürger. Der Schweiz, und nicht nur ihr, stehen interessante Diskussionen bevor.

Kommentieren Sie auf fuw.ch



Dirk Niepelt ist Direktor des Studienzentrums Gerzensee der Schweizerischen Nationalbank und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern.



ELISABETH TESTER
Ressortleiterin
zum Thema
Krisenbewältigung

Von USA lernen

Europa müsse sich nicht von Amerika und anderen G-20-Ländern in Sachen Krisenbewältigung belehren lassen – schliesslich habe die Krise ihren Ursprung in den USA gehabt. Solche Worte sind derzeit am Gipfel der G-20 im mexikanischen Los Cabos zu hören, unter anderem von EU-Kommissionspräsident Barroso.

Solche Aussagen sind verfehlt. Ja, die Finanzkrise hat in den USA begonnen, mit dem Platzen der Subprime-Blase. Aber dass die europäischen Banken in solch verheerendem Ausmass davon betroffen wurden, ist Eigenverschulden. Die USA haben weder UBS, Royal Bank of Scotland noch die deutschen Landesbanken gezwungen, die faulen Hypothekarpapiere in ihre Bilanzen zu nehmen. Die Banken taten es freiwillig, mit Blick auf die schöne, vermeintlich risikolose Rendite.

Das kollektive Verdrängen der Realität ist in Europa immer noch nicht vorbei.

Deshalb stünde es den Vertretern von Euroland gut an, endlich den Rat anderer einzuholen – auch die Vorschläge der USA. Amerika hat im Gegensatz zu Europa nämlich zwei echte Massnahmen zur Krisenbewältigung erlassen: Nach dem Lehman-Kollaps im September 2008 wurden alle wesentlichen US-Banken zwangskapitalisiert, der Staat wurde Aktionär und erliess Auflagen für Boni und Dividenden. Sie wurden nicht angefragt, ob sie wohl Kapital bräuchten oder nicht. Und fast 500 US-Banken mussten seither schliessen. Zudem liess die amerikanische Regierung zu, dass die Immobilienpreise drastisch und für viele äusserst schmerzhaft sanken.

In Europa hingegen werden die Bankenprobleme nur dosiert angegangen, mit Fokus auf Strukturhaltung. In Spanien wurde in den letzten zwei Jahren konzertiert daran gearbeitet, die Immobilienpreise zu hoch und die Fantasiebewertungen in den Büchern aufrecht zu halten. Amerika ist beileibe kein Musterschüler, gerade mit Blick auf die Staatsverschuldung – aber auch kein Realitätsverweigerer wie Europa.

Anzeige

Gut zum Anfeuern.



Ein zukünftiger Wald,
der wertvollen Sauerstoff
produziert.

Entdecken Sie das Potenzial. Es gibt viele Chancen, die man auf den ersten Blick nicht erkennt. Wie zum Beispiel jene von Strukturierten Produkten: Mit diesen können Sie mehr aus Ihrem Portfolio machen – bei seitwärts tendierenden Märkten genauso wie bei steigenden oder sinkenden. Strukturierte Produkte gibt es für jedes Risikoprofil, jede Anlageklasse und jede Marktmeinung. Ihr Bankberater hilft Ihnen, das Potenzial zu nutzen. Mehr Infos unter: svsp-verband.ch

**STRUKTURIERTE
PRODUKTE**